

Welche Faktoren beeinflussen die Konsumausgaben der privaten Haushalte?

Analyse und Erklärung der privaten Konsumausgaben sind innerhalb der Makroökonomik wichtige Aufgaben. Denn die Nachfrage der privaten Haushalte nach Konsumgütern macht einen wesentlichen Teil der Gesamtnachfrage aus. Diese wiederum hat einen bedeutenden Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Produktion und somit auf das Bruttoinlandsprodukt. Welche Faktoren beeinflussen also die Konsumausgaben der privaten Haushalte? Ausgangspunkt der Untersuchung ist zunächst die Darstellung des Niveaus und der Entwicklung der privaten Konsumausgaben und deren Anteil am verfügbaren Einkommen. Auch wird untersucht, welche gesamtwirtschaftlichen Wirkungen von den Konsumausgaben der privaten Haushalte ausgehen. Weiterhin wird gezeigt, dass die – insbesondere in den letzten Jahren – festgestellte Konsumschwäche auf verschiedene Einflussgrößen zurückgeführt werden kann. Hierbei spielen die nachlassende Wirtschaftsleistung nach dem IT-Boom und die damit einhergehende rückläufige Arbeitsmarktentwicklung eine Rolle. Hinzu kamen Preissteigerungen der Warengruppen Energie und Nahrung, die die Konsumausgaben belasteten. Außerdem hat sich die Einkommensverteilung hin zu Bevölkerungsgruppen mit einer höheren Sparquote verschoben. Weiterhin gibt es Änderungen im Sparverhalten, für die sowohl Vorsichts- als auch Vorsorgeaspekte ausschlaggebend gewesen sein dürften. Vermögensaspekte spielen dagegen eine untergeordnete Rolle. Ausführliche Definitionen der dargestellten Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und Erläuterungen zur Berechnungsmethodik sowie den Einkommenshypothesen runden die Ausführungen ab.

Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte

Die preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte in Hessen sind im Zeitraum von 1991 bis 2008 von 77,9 Mrd. auf 97,0 Mrd. Euro gestiegen, das entspricht einer Zunahme von 24,6 %. Im Vergleich dazu wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt mit 25,6 % geringfügig stärker. In nominaler Rechnung nahmen die Konsumausgaben der privaten Haushalte im gleichen Zeitraum um 57,9 % zu und erreichten im Jahr 2008 ein Niveau von knapp 108 Mrd. Euro; damit gab im Jahr 2008 rechnerisch jeder Einwohner Hessens 17 800 Euro für den Konsum aus, 1991 waren es noch 11 800 Euro.

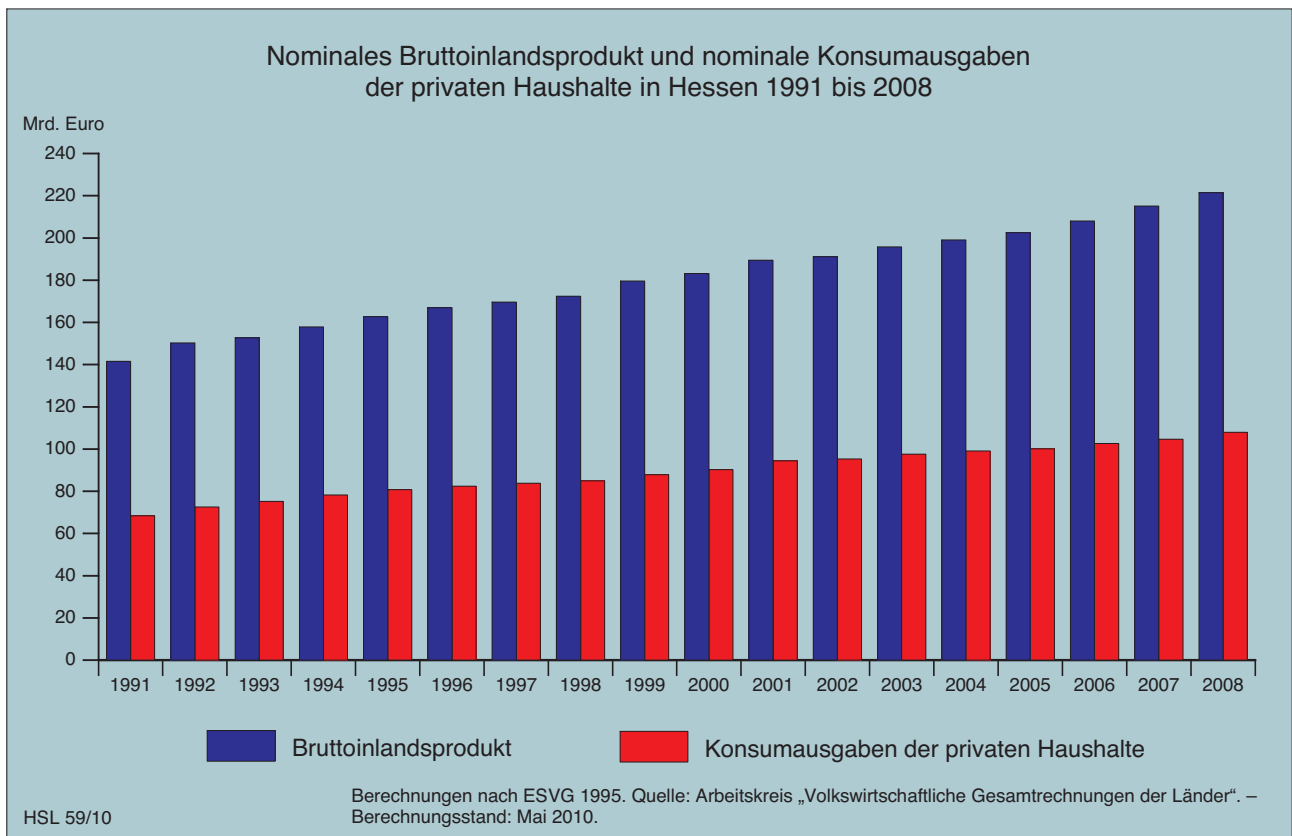
Als private Konsumausgaben werden die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke bezeichnet. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen u. a. Entgelte für häusliche Dienste gehören, wird auch der Konsum einbezogen, der nicht mit einem eindeutig abgegrenzten Güterkauf verbunden ist. Hierzu zählen zum Beispiel der Erwerb von Finanzdienstleistungen, indirekte Messung (FISIM)¹⁾,

1) FISIM ist die Abkürzung des englischen Begriffs „Financial Intermediation Services, Indirectly Measured“, ins Deutsche übersetzt „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung“. Die FISIM umfassen die modellhaft ermittelten indirekten Entgelte der Banken aus dem Kredit- und Einlagengeschäft, die diese neben den direkt erzielten Umsätzen in Form von z. B. Kontoführungs- und Safegebühren erzielen. FISIM werden den Wirtschaftssubjekten zugerechnet, die Bankdienstleistungen in Anspruch nehmen (Einleger und Kreditnehmer), können aber auch von Wirtschaftseinheiten im Produktionsprozess als Vorleistungen verwendet werden.

Veränderungsrate der Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Bruttoinlandsprodukts sowie Konsumquote in Hessen 1991 bis 2008
(Angaben in %)

Jahr	Konsumausgaben der privaten Haushalte (preisbereinigt)	Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	Konsumquote ¹⁾
	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr		
1991	.	.	48,3
1992	2,9	2,0	48,3
1993	1,0	- 1,8	49,2
1994	1,7	1,0	49,6
1995	1,9	1,3	49,6
1996	1,2	2,4	49,4
1997	0,3	1,5	49,4
1998	0,9	1,4	49,3
1999	3,0	3,3	48,9
2000	1,9	3,4	49,3
2001	3,1	1,7	49,8
2002	- 0,1	- 1,0	49,9
2003	1,0	0,5	49,9
2004	0,5	0,4	49,8
2005	- 0,1	1,0	49,4
2006	1,6	2,7	49,3
2007	0,4	2,1	48,7
2008	0,9	1,3	48,8

1) Anteil der nominalen Konsumausgaben der privaten Haushalte am nominalen Bruttoinlandsprodukt. Berechnungen nach ESGV 1995. Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. – Berechnungsstand: Mai 2010.



der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen und kleiner Reparaturen in den Wohnungen, sogenannte Naturalentgelte für Arbeitnehmer (z. B. Deputate) sowie Aufwendungen für die Verpflegung und Bekleidung der Bundeswehr. Von den Prämien der privaten Haushalte an Lebens-, Schadens-, private Unfall- und Krankenversicherungsunternehmen geht nur das darin enthaltene Dienstleistungsentgelt in den privaten Konsum ein. Das Gleiche gilt für Ausgaben der privaten Haushalte für Lotto, Toto u. Ä. Der Konsum auf Geschäftskosten wird nicht zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte gerechnet, sondern zu den Vorleistungen.

In den privaten Konsumausgaben sind auch die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck – das sind beispielsweise Gewerkschaften, Fachverbände, politische Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie soziale und kulturelle Vereinigungen wie etwa Sport- und Freizeitvereine – enthalten. Sie bestehen aus dem Eigenverbrauch, d. h. aus dem Wert der von diesen Organisationen produzierten Güter, abzüglich selbst erstellter Anlagen und Verkäufe, sowie den Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Zwischen dem Bruttoinlandsprodukt und den Konsumausgaben der privaten Haushalte besteht ein enger Zusammenhang. Im Zeitraum von 1991 bis 2008 betrug die Spannweite des Anteils der privaten Konsumausgaben am Bruttoinlandsprodukt, der sogenannten Konsum-

quote, nur max. 1,6 Prozentpunkte. Im Jahr 1991 lag der Anteilswert bei 48,3 % und stieg bis zum Jahr 1995 auf 49,6 % an. Danach folgte ein kontinuierlicher Rückgang bis zum Jahr 1999 auf 48,9 %. Nach einer Aufwärtsbewegung bis zum Jahr 2003 (49,9 %), folgte ein erneuter Rückgang. Die Konsumquote sank auf unter 49 % am aktuellen Rand. Insgesamt stellen die Konsumausgaben der privaten Haushalte die quantitativ bedeutendste Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage dar.

Auch wird ein Teil der Konsumgüter, die die privaten Haushalte für den Verbrauch erhalten, über den Staat finanziert. Dazu zählen beispielsweise die öffentlichen Ausgaben für das Unterrichts- und Gesundheitswesen, für die soziale Sicherung oder etwa die Kultur. Diese Ausgabenanteile sollen im vorliegenden Beitrag jedoch nicht betrachtet werden, da diese nicht in der direkten Disposition der privaten Haushalte liegen.

Neben den Konsumausgaben der privaten Haushalte umfasst die Verwendungsrechnung weitere Komponenten, und zwar die Konsumausgaben des Staates, die Bruttoanlageinvestitionen und den Restposten. Auch diese sind nicht Gegenstand des vorliegenden Beitrags. Der Restposten entsteht dadurch, dass die regionalen VGR nicht als geschlossenes Kreislaufsystem dargestellt werden können. Während auf nationaler Ebene die Verwendung des BIP vollständig durch die Aggregate der inländischen Verwendung – Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Staates sowie Bruttoanlageinvestitionen – und den Außenbeitrag dargestellt werden,

Berechnungsmethode der Ergebnisse der Konsumausgaben der privaten Haushalte

Die Berechnung der **Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte** stellt einen direkten Bezug zum Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dar. Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) bilden die Hauptgrundlage für diese Berechnungen.

Aus den Ergebnissen der EVS werden gebietsspezifische Konsumquoten der Haushalte in 7 Einkommensgrößengruppen für die beiden Großraumregionen, d. h. für die alten und die neuen Bundesländer, getrennt berechnet. Aus den gebietsspezifischen Konsumquoten werden mittels Angaben aus dem Mikrozensus über die Zahl der Haushalte nach diesen 7 Einkommensgrößengruppen der Bundesländer Konsumquoten für die einzelnen Bundesländer ermittelt. Diese Konsumquoten werden anschließend auf der Länderebene auf das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte abgestimmt. Daraufhin erfolgt die Abstimmung der länderspezifischen Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte auf das Bundesergebnis.

Das Bundesergebnis der **Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck** wird mittels der durchschnittlichen Bevölkerung auf die einzelnen Bundesländer geschlüsselt. Dabei wird unterstellt, dass zwischen der Inanspruchnahme der Leistungen von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck durch private Haushalte und der Wohnbevölkerung eine Korrelation besteht.

Die **Konsumausgaben der privaten Haushalte** errechnen sich aus der Summe der Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Da die EVS nur in größeren Zeitabständen, d. h. alle 5 Jahre, durchgeführt wird, muss in den Zwischenjahren bis zum Vorliegen der neuen Ergebnisse mit den Quoten der letztverfügbaren EVS weitergerechnet werden. Diese werden jedoch mithilfe länderspezifischer Haushaltsstrukturen aus dem Mikrozensus jährlich aktualisiert. Liegen die Ergebnisse der nächsten EVS vor, wird eine originäre Berechnung der privaten Konsumausgaben durchgeführt. Dabei werden die ermittelten gebietsspezifischen Konsumquoten der 7 Einkommensklassen der privaten Haushalte durch lineare Interpolation geglättet.

Die Ergebnisse der Konsumausgaben der privaten Haushalte werden in jeweiligen Preisen erstellt. Die Deflationierung der nominalen Ergebnisse erfolgt i. d. R. mithilfe länderspezifischer Verbraucherpreis-

dizes getrennt für die beiden Rechenbereiche „Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte“ sowie „Konsumausgaben der Organisationen ohne Erwerbszweck“. Die preisbereinigten Konsumausgaben werden durch Addition der beiden Teilbereiche errechnet.

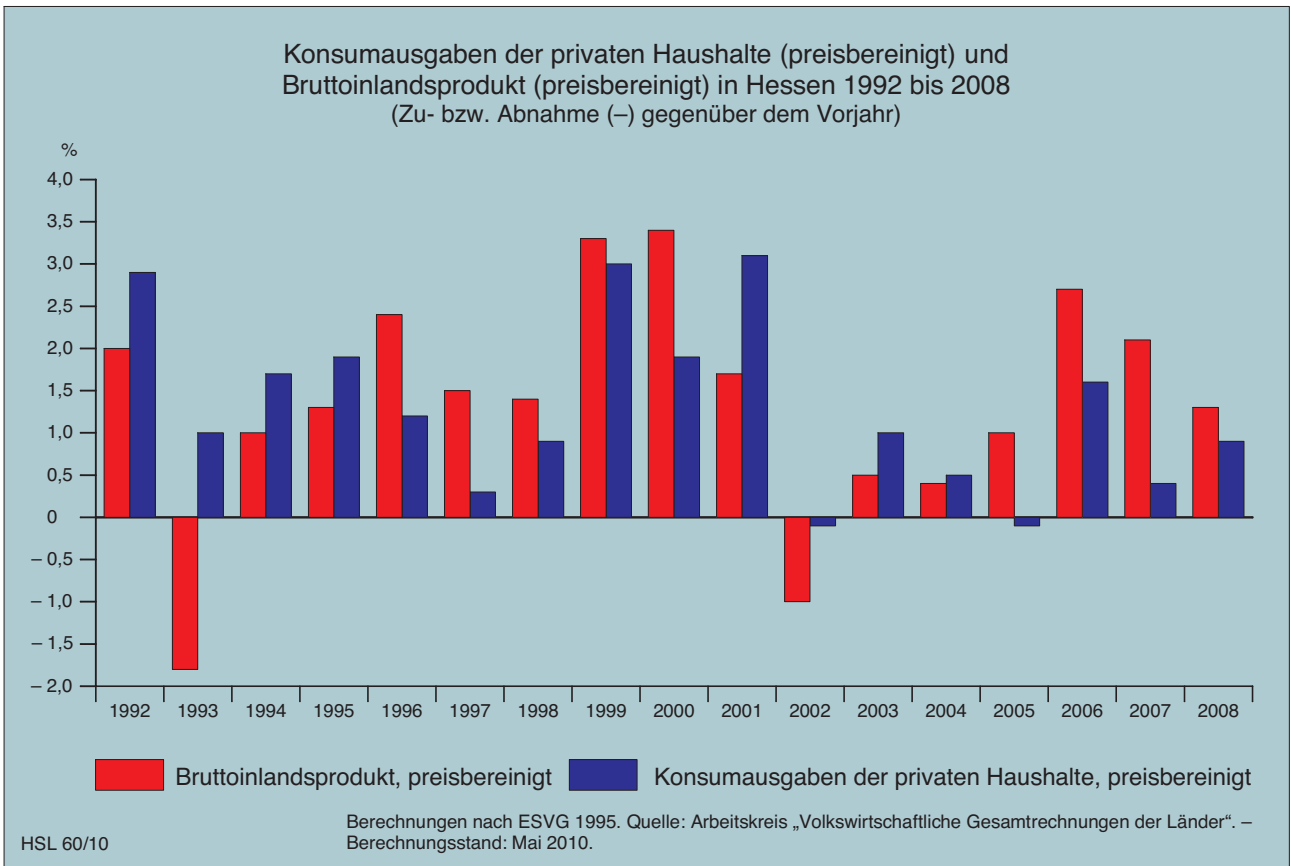
Aufgrund der aufwendigen Berechnungsmethodik, der relativ spät zur Verfügung stehenden Basisdaten und der Abstimmungsprozesse erfolgt die Veröffentlichung der Länderergebnisse erst 17 Monate nach Ablauf des Berichtsjahres.

sind diese Aggregate in der regionalen VGR zum Teil nicht vollständig bzw. nicht regional abgrenzbar. Deshalb ergibt sich rechnerisch aus dem Bruttoinlandsprodukt und den regional ermittelbaren Teilen der Verwendungsrechnung der Restposten, der im Wesentlichen die Vorratsveränderungen und den regionalen Außenbeitrag beinhaltet.

Betrachtet man nicht die Niveaus, sondern die Entwicklung der beiden Aggregate, so nahm von 1991 bis 2008 das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt jahresdurchschnittlich um 1,35 % zu und damit stärker als die preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte, die im Jahresdurchschnitt um 1,30 % stiegen. Insbesondere am aktuellen Rand, d. h. ab dem Jahr 2005, konnte der private Konsum nicht mit den Zuwächsen der Wirtschaftsentwicklung Schritt halten und entwickelte sich deutlich schwächer als die gesamtwirtschaftliche Leistung.

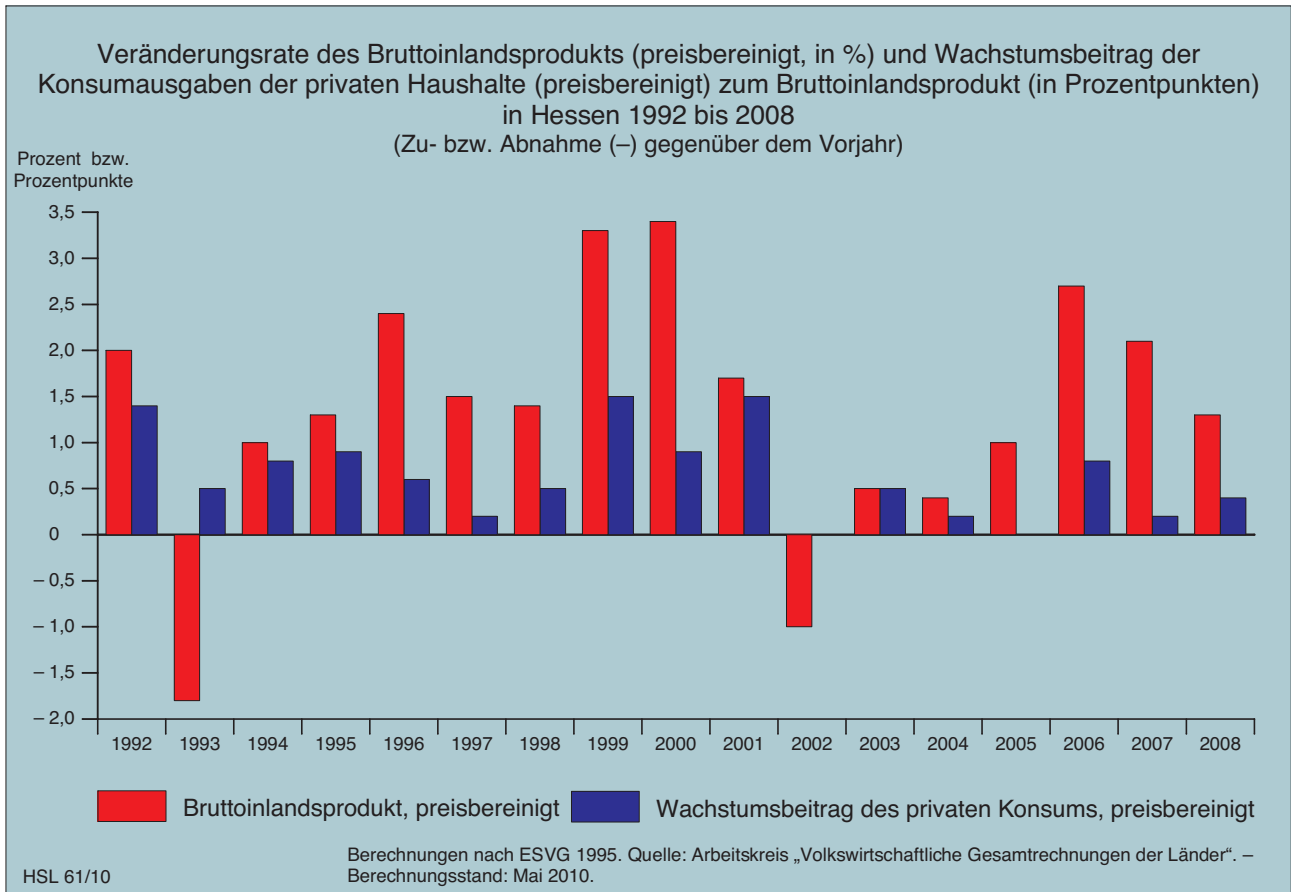
Wachstumsbeitrag der privaten Konsumausgaben: Anzeichen der Konsumschwäche

Die ausschließliche Betrachtung der Veränderungsrate liefert nur beschränkt Anhaltspunkte zur tatsächlichen Rolle, die einer Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts zukommt. Zu berücksichtigen sind nicht nur die Entwicklung, sondern auch deren Gewicht innerhalb der volkswirtschaftlichen Leistung. Aufgrund der Niveaus der Konsumausgaben der privaten Haushalte – sie machen wie oben dargestellt etwa die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts aus – können auch geringfügige Änderungen einen wesentlichen Einfluss auf das Bruttoinlandsprodukt ausüben. Mit dem Wachstumsbeitrag können sowohl die Entwicklung als auch die Bedeutung, d. h. das Gewicht einer Komponente des Bruttoinlandsprodukts, ausgedrückt werden. Er errechnet sich im vorliegenden Fall durch Multiplikation der preisbereinigten Veränderungsrate der Konsumausgaben der privaten Haushalte der Berichtsperiode mit dem nominalen Anteil dieser Konsumausgaben am Bruttoinlandsprodukt der Vorperiode und zeigt den Anteil dieses Verwendungsaggregats in Prozentpunkten am realen BIP-Zuwachs gegenüber der Vorperiode.



Die Konsumausgaben der privaten Haushalte leisteten in den meisten der Jahre von 1991 bis 2008 einen positiven Beitrag zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts.

Ausnahmen bildeten die Jahre 2002 und 2005, in denen der Beitrag der privaten Konsumausgaben im Vergleich zum Vorjahr jeweils negativ war. Auffallend ist, dass in



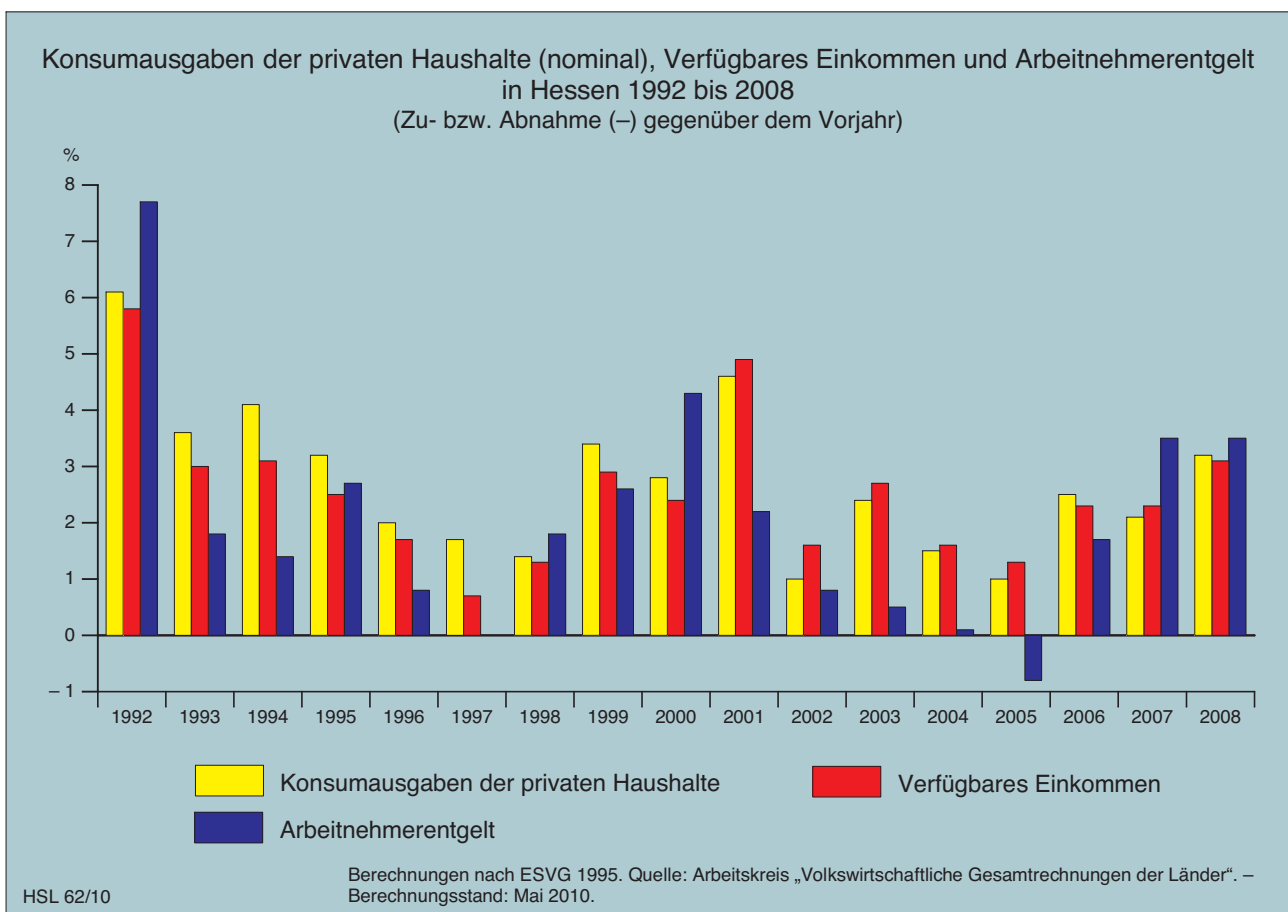
wachstumsstarken Jahren, in denen das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um mehr als 2 % anstieg, der Wachstumsbeitrag der Konsumausgaben der privaten Haushalte nicht einmal die Hälfte dessen betrug. In den Jahren von 2004 bis 2007 leisteten die privaten Konsumausgaben nur geringe Wachstumsbeiträge, die nicht einmal 0,5 Prozentpunkte betragen. Ausnahme bildete das Jahr 2006: Die höheren Konsumausgaben und der damit verbundene etwas stärkere Wachstumsbeitrag von 0,8 Prozentpunkten ist mit Vorzieheffekten im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 % im Jahr 2007 zu sehen.

Insgesamt wird deutlich, dass die Wachstumsbeiträge des privaten Konsums zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt selbst in Phasen eines robusten Wirtschaftswachstums relativ gering im Vergleich zur Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts ausgeprägt sind. Besonders am aktuellen Rand kann eine deutliche Konsumschwäche ausgemacht werden. Dies bedeutet, dass die anderen Verwendungen des Bruttoinlandsprodukts deutlich stärker als der private Konsum zur gesamtwirtschaftlichen Leistung beigetragen haben. Daher stellt sich die Frage nach den Gründen bzw. Bestimmungsfaktoren für diese Entwicklung. Diese sind vielfältig und sollen im Folgenden dargestellt werden.

Einkommen als Erklärung für die Konsumentwicklung

Das **Verfügbare Einkommen** stellt die finanzielle Basis der privaten Konsumausgaben dar. Zum Verfügbaren Einkommen zählen alle Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit sowie aus Vermögen, ferner empfangene laufende Transfers abzüglich geleisteter Transfers und Zinsen auf Hypotheken- und Konsumentenkredite. Zu den empfangenen laufenden Transfers gehören alle Geldleistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen (Rente, Arbeitslosengeld sowie der Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung), öffentliche Pensionen und betriebliche Altersversorgung, Leistungen im Rahmen der Grundsicherung (Sozialhilfe, Hartz IV) sowie eine Vielzahl weiterer staatlicher Geldleistungen wie beispielsweise Kinder- und Erziehungsgeld oder Wohngeld. Geleistete Transfers enthalten vor allem jegliche Formen der Einkommensteuer und Sozialbeiträge an gesetzliche wie auch private Sozialversicherungssysteme. Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit dem Einkommen, das die privaten Haushalte für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

Im Zeitraum von 1992 bis 2008 wiesen die Konsumausgaben der privaten Haushalte und das Verfügbare Einkommen hinsichtlich ihrer Veränderungsraten einen



Verfügbares Einkommen, private Konsumausgaben,
Arbeitnehmerentgelt, Erwerbstätige sowie
Arbeitsvolumen in Hessen 1992 bis 2008
(Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem Vorjahr in %)

Jahr	Konsumausgaben der privaten Haushalte (preisbereinigt)	Verfügbares Einkommen	Arbeitnehmerentgelt	Erwerbstätige	Arbeitsvolumen
1992	2,9	5,8	7,7	1,3	.
1993	1,0	3,0	1,8	-1,0	.
1994	1,7	3,1	1,4	-0,7	.
1995	1,9	2,5	2,7	-0,4	.
1996	1,2	1,7	0,8	0,2	.
1997	0,3	0,7	0,0	-0,2	.
1998	0,9	1,3	1,8	0,9	.
1999	3,0	2,9	2,6	1,4	1,2
2000	1,9	2,4	4,3	2,3	1,4
2001	3,1	4,9	2,2	1,1	0,3
2002	– 0,1	1,6	0,8	-0,4	-1,0
2003	1,0	2,7	0,5	-1,2	-1,6
2004	0,5	1,6	0,1	0,4	0,9
2005	– 0,1	1,3	-0,8	-0,3	-0,6
2006	1,6	2,3	1,7	0,4	0,1
2007	0,4	2,3	3,5	1,4	1,3
2008	0,9	3,1	3,5	1,1	0,7

Berechnungen nach ESVG 1995. Quellen: Arbeitskreise „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. – Berechnungsstand: Mai 2010.

weitgehend parallelen Verlauf auf. Aufgrund der oben festgestellten schwächeren Entwicklung des privaten Konsums im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt kann daraus geschlossen werden, dass mit der Entwicklung des verfügbaren Einkommens auch die Konsumententwicklung erklärt wird. Das verfügbare Einkommen bildet das Einkommen nach der staatlichen Umverteilung ab. Es stellt sich somit die Frage, ob das **Arbeitnehmerentgelt** einen ähnlichen Verlauf wie das verfügbare Einkommen aufweist und wie es sich im Vergleich zu den privaten Konsumausgaben entwickelt hat.

Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern zusammen. Es beinhaltet sämtliche Geld- und Sachleistungen, die von Arbeitgebern an Arbeitnehmer als Entgelt für die von diesen in einer Periode geleistete Arbeit erbracht werden. Zu den Geldleistungen rechnen auch Zuschläge für Überstunden, Urlaubszuschläge, Trinkgelder, Zahlungen zur Vermögensbildung sowie anlässlich des Ausscheidens von Arbeitnehmern und ferner Zuschüsse zum Essen in bar. Weitere Geldleistungen sind die Sozialbeiträge. Dazu gehören neben den Zahlungen an öffentliche und private Sozialversicherungen auch sogenannte unterstellte Sozialbeiträge. Diese stellen den Gegenwert der sozialen Leistungen dar, die von Arbeitgebern ohne speziel-

le Deckungsmittel gezahlt werden, wie beispielsweise unterstellte Sozialbeiträge für die Beamtenversorgung oder Zuwendungen von Unternehmen an unselbstständige Unterstützungskassen. Sachleistungen, d. h. Naturalentgelte, schließen Erzeugnisse des Arbeitgebers, etwa Deputatkohle, Freifahrten, verbilligte Mahlzeiten sowie Essensgutscheine, Fahrzeuge und Geräte zur persönlichen Nutzung und Zinsverbilligungen ein. Das Arbeitnehmerentgelt stellt somit das Einkommen der abhängig Beschäftigten dar. Nicht als Arbeitsentgelt, sondern als Vorleistungen der Arbeitgeber, werden Trennungsschädigungen, Umzugsvergütungen, Ersatz von Reisekosten, Kindergärten, Erholungsheime u. Ä. verbucht.

In den Jahren 1996 bis 1998 stieg das Arbeitnehmerentgelt nur moderat bei einer gleichzeitig schwachen Erwerbstätigenentwicklung. Dieser Zeitraum war auch von schwachen Wachstumsbeiträgen des Konsums der privaten Haushalte zum Bruttoinlandsprodukt geprägt. Dagegen schlugen sich in den Jahren 1999 bis 2001 die erhöhten Wachstumsraten des Arbeitnehmerentgelts auch in zunehmenden Wachstumsbeiträgen der privaten Konsumausgaben zum Bruttoinlandsprodukt nieder. In den Folgejahren von 2002 bis 2006 wies das Arbeitnehmerentgelt geringe Zuwachsraten auf und war mit – 0,8 % im Jahr 2005 sogar rückläufig. Diese Jahre waren von einer mäßigen Arbeitsmarktbilanz geprägt. Sowohl die Zahl der Erwerbstätigen als auch die der geleisteten Arbeitsstunden war rückläufig. In der Mehrzahl der Jahre fielen die Konsumausgaben der privaten Haushalte als Stütze der Wirtschaftsleistung aus, d. h. der Wachstumsbeitrag der realen privaten Konsumausgaben lag deutlich unter der Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts. Insbesondere in den Jahren 1997 bis 2000 trugen die privaten Konsumausgaben nicht einmal die Hälfte zur Wachstumsrate des preisbereinigten BIP bei. Ausnahme bildet das Jahr 1993: Ohne den positiven Wachstumsbeitrag des privaten Konsums wäre die Wirtschaftsleistung noch stärker zurückgegangen. Anders war es im Jahr 2003. Nach einer negativen Veränderung der preisbereinigten privaten Konsumausgaben im Jahr 2002 können für die Entwicklung des Folgejahres Nachholeffekte geltend gemacht werden. Auch der sich erholende Arbeitsmarkt in den Jahren 2007 und 2008 – die Erwerbstätigkeit nahm um jeweils mehr als 1 % zu – und das mit jeweils 3,5 % stark angestiegene Arbeitnehmerentgelt änderten nichts an den geringen Auswirkungen der privaten Konsumausgaben, die 0,2 bzw. 0,4 Prozentpunkte zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beitrugen.

Umgekehrt wiesen die Jahre 1992, 1999 und 2001 sowohl einen großen Wachstumsbeitrag der Konsumausgaben der privaten Haushalte zum Bruttoinlandsprodukt als auch eine robuste Arbeitsmarktentwicklung in Ge-

stalt von zunehmenden Erwerbstätigenzahlen und eines steigenden Arbeitnehmerentgelts auf. Somit kann mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes und damit des Arbeitnehmerentgelts, das sich im Wesentlichen aus Bruttolöhnen und -gehältern zusammensetzt und von der Zahl der Erwerbstätigen abhängt, die Konsumschwäche zum Teil erklärt werden. Bevor weitere Erklärungsfaktoren dargestellt werden, sollen im folgenden Abschnitt zunächst die theoretischen Aspekte des privaten Konsums beleuchtet werden.

Theoretische Erklärungsansätze der privaten Konsumausgaben

Der oben dargestellte Zusammenhang zwischen den Konsumausgaben und dem Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wurde bereits 1936 von John Maynard Keynes beschrieben und als **absolute Einkommenshypothese** bezeichnet. Er spricht von einem „fundamentalen psychologischen Gesetz“, nach dem die Haushalte ihre Konsumentscheidung – und damit auch ihre Sparentscheidung – ausschließlich von der Höhe ihres Einkommens abhängig machen, d. h. zwischen den beiden Aggregaten besteht ein Zusammenhang. Mit steigendem Einkommen fällt der Anteil der Konsumausgaben am Einkommen und damit nimmt der Anteil des Sparens zu²⁾.

Daneben gibt es weitere Erklärungsansätze, die die von Keynes formulierte Einkommenshypothese in ihrer Absolutheit abschwächen. Bei der **relativen Einkommenshypothese** geht man davon aus, dass die Konsumenten bei einem Rückgang des Einkommens versuchen, noch eine gewisse Zeit die alten Verbrauchsgewohnheiten aufrecht zu erhalten. Das bisher erzielte Einkommen in der Vergangenheit bleibt auch in der Gegenwart Konsum beeinflussend. Ebenso verändern sich bei Einkommenserhöhungen die Konsumgewohnheiten nicht schlagartig, sondern passen sich allmählich an den neuen Zustand an.

Im Gegensatz zur relativen Einkommenshypothese stellen die folgenden beiden Ansätze Einkommenshypothesen dar, die das zukünftig zu erwartende Einkommen bei den Konsumentscheidungen berücksichtigen. Die **Lebenszyklushypothese** besagt, dass die Lebensphase das Konsumverhalten beeinflusst. Während der Phase der Erwerbstätigkeit wird vermehrt gespart, um anschließend in der Phase des Ruhestandes entsparen, also Sparguthaben abbauen zu können. Dagegen betrachten die privaten Haushalte bei der **Dauereinkommenshypo-**

these stets das permanente Einkommen, d. h. der gegenwärtige Konsum orientiert sich an den dauerhaften Konsummöglichkeiten und nicht an dem durch vielerlei Zufälligkeiten bedingten Einkommen einer bestimmten Periode³⁾.

Allen Erweiterungen der absoluten Einkommenshypothese ist gemeinsam, dass ein Konsumverzicht in der Gegenwart eine Erhöhung der Konsummöglichkeiten in der Zukunft bedeutet. Einschränkend muss zu den theoretischen Erklärungsansätzen festgestellt werden, dass zukünftige individuelle Einkommensentwicklungen nicht perfekt voraussehbar sind, jedoch kann von erwartungsabhängigen Einflüssen ausgegangen werden. Weiterhin ist ein zeitliches Vorziehen oder Verschieben von Konsumausgaben nicht immer möglich, dagegen sprechen beispielsweise Kreditrestriktionen bzw. persönliche Notwendigkeiten. Auch muss angenommen werden, dass von der Altersstruktur der Bevölkerung durchaus längerfristige Effekte für den privaten Konsum in einer Region von Bedeutung sind.

Sparen als Erklärung für die Konsumententwicklung

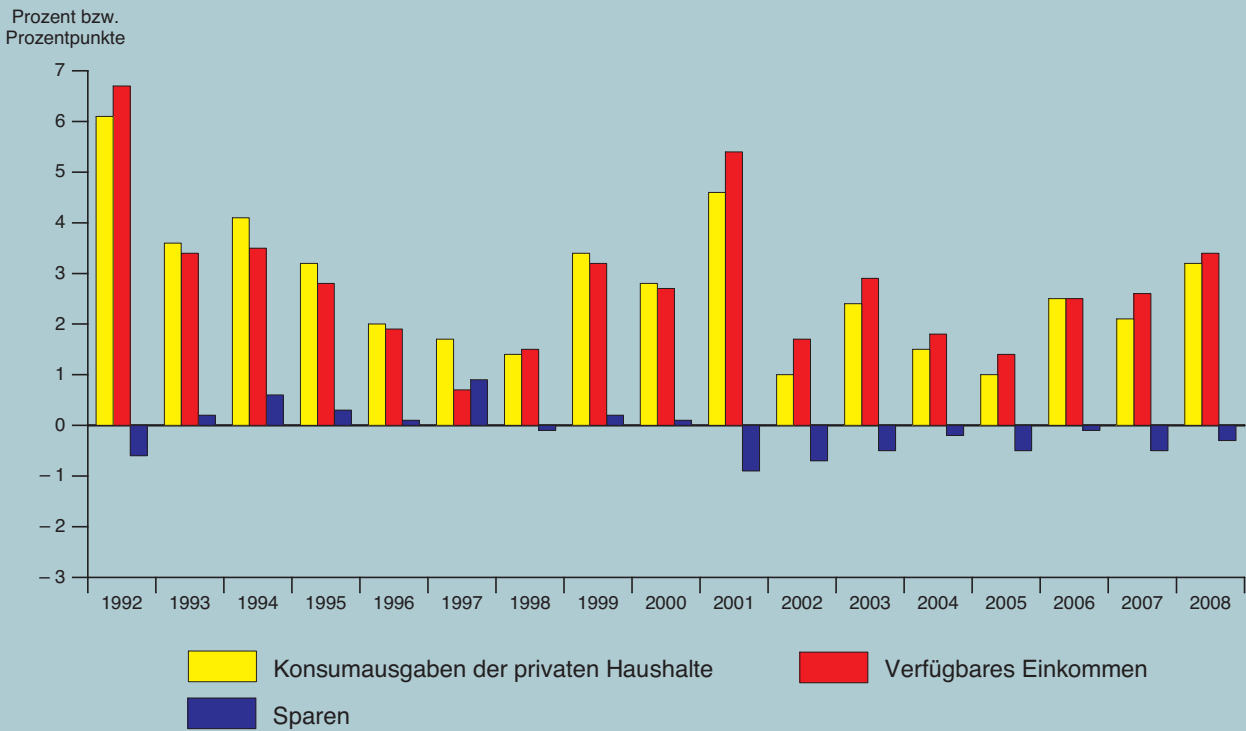
Der Konsum der privaten Haushalte wird aus dem Verfügbaren Einkommen bezahlt. Der übrige Teil des Verfügbaren Einkommens ist das Sparen und stellt somit das Zurücklegen nicht benötigter finanzieller Mittel zur späteren Verwendung dar. Das Sparen wird im vorliegenden Beitrag somit anders als in den VGR definiert. In den VGR wird das Sparen üblicherweise als nicht konsumierter Teil des Verfügbaren Einkommens zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche (Änderung der Deckungsrückstellungen, die durch Beitrags- und Prämienzahlungen entstehen und auf die die privaten Haushalte einen Anspruch haben) ausgewiesen. Die Relation aus dem so ermittelten Sparen zum Verfügbaren Einkommen, erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche, wird als Sparquote bezeichnet. Die Hinzurechnung der betrieblichen Versorgungsansprüche ist erforderlich, da diese über die Verwendungsseite bei den Arbeitgebern auf die Aufkommenseite der privaten Haushalte und so in das Sparen der privaten Haushalte gelangen; sie werden aber nicht in das Verfügbare Einkommen eingerechnet, da sie nicht für den Konsum verfügbar sind. Von diesem Vorgehen wird hier abgewichen, da die Summe aus Sparen und Konsum das Verfügbare Einkommen ergeben muss, um die Wachstumsbeiträge der beiden Komponenten berechnen zu können. Daher wird im vorliegenden Beitrag die Bezeichnung „Anteil des Sparens am Verfügbaren Einkommen“ anstatt der Sparquote verwendet.

Im Jahr 1991 wurden in Hessen 10,4 Mrd. Euro gespart, 2008 waren es 12,4 Mrd. Euro; dies bedeutet einen Anstieg von 18,9 %. Rein rechnerisch legte jeder Einwoh-

2) John Maynard Keynes, „The General Theory of Employment, Interest and Money“, Chapter 8, III, 1936, London. Eine elektronische Version dieses Buches ist unter <http://homepage.newschool.edu/~het/texts/keynes/gtcont.htm> verfügbar.

3) Neumann, Manfred, „Theoretische Volkswirtschaftslehre I – Makroökonomische Theorie: Beschäftigung, Inflation und Zahlungsbilanz“, 5. Auflage, 1996, München, S. 94 ff.

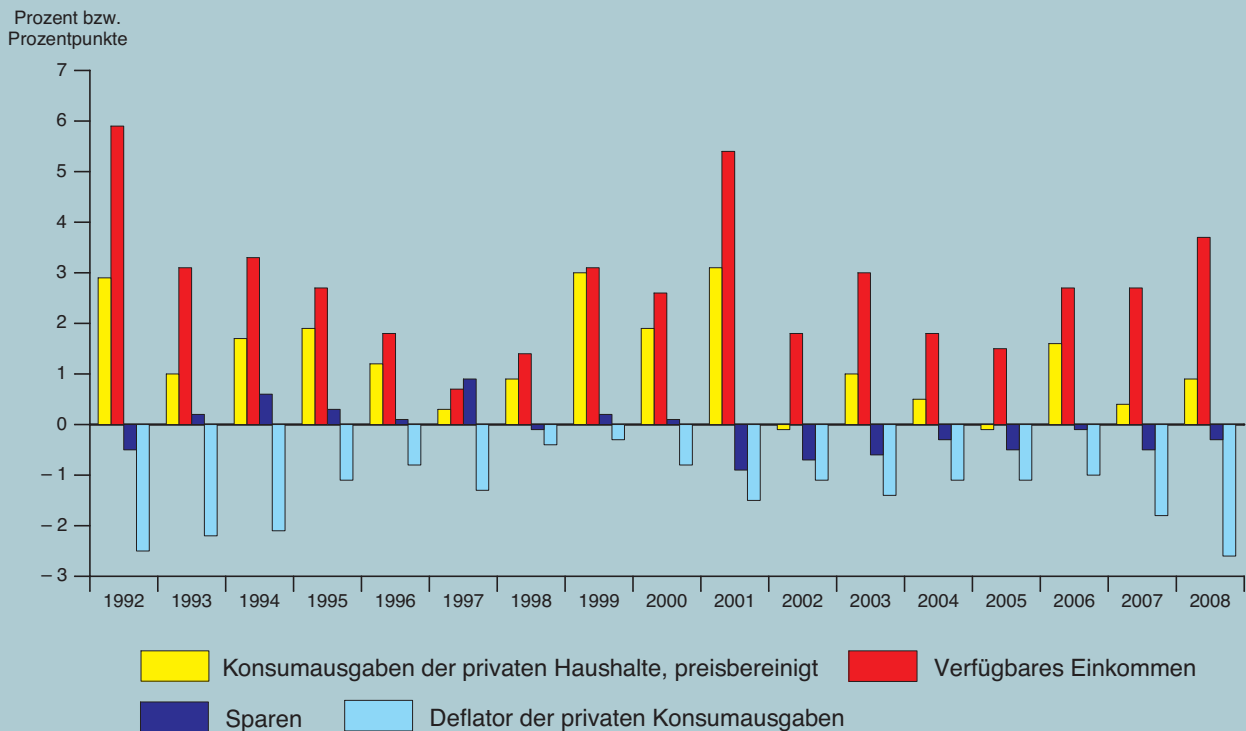
Veränderungsrate der Konsumausgaben der privaten Haushalte (in %) sowie Wachstumsbeiträge des Sparens und des Verfügbaren Einkommens zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte (jeweils in Prozentpunkten) in Hessen 1992 bis 2008



HSL 63/10

Berechnungen nach ESGV 1995. Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. – Berechnungsstand: Mai 2010.

Veränderungsrate der preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte (in %) und Wachstumsbeiträge des Verfügbaren Einkommens, des Sparens und des Deflators der privaten Konsumausgaben zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte (jeweils in Prozentpunkten) in Hessen 1992 bis 2008



HSL 64/10

Berechnungen nach ESGV 1995. Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. – Berechnungsstand: Mai 2010.

ner Hessens im Jahr 1991 knapp 1800 Euro auf die hohe Kante. Bis ins Jahr 2008 stieg das Sparen je Einwohner auf fast 2050 Euro, eine Zunahme von 13,6 %.

Im Folgenden sollen die Wirkungen des Verfügbaren Einkommens und des Sparens auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte dargestellt werden. Dies geschieht mithilfe von Wachstumsbeiträgen. Dabei geht die Veränderungsrate des Sparens mit umgekehrten Vorzeichen in die Berechnungen ein, da eine Zunahme des Sparens bei einer angenommenen Konstanz des Verfügbaren Einkommens zu einer Verminderung der privaten Konsumausgaben führt.

Bei der Betrachtung des Einflusses des Sparens auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte lassen sich 2 Phasen unterscheiden. Im Zeitraum von 1991 bis 2000 nahmen die privaten Konsumausgaben um 32 % zu. Dies wurde insbesondere durch den Anstieg des Verfügbaren Einkommens um knapp 26 % verursacht. Im gleichen Zeitraum nahm das Sparen dagegen um fast 15 % ab. Dies führte dazu, dass in den meisten Jahren das Sparen positive Wachstumsbeiträge zu den Konsumausgaben in nominaler Rechnung leistete. Die Wachstumsbeiträge fielen jedoch in diesem Zeitraum, der von dem abklingenden Vereinigungsboom (ab 1993), der Asienkrise (1996 und 1997) und dem IT-Boom (1999 und 2001) gekennzeichnet war, recht gering aus.

In der Phase von 2001 bis 2008 nahmen die Konsumausgaben der privaten Haushalte mit rund 14 % weniger als halb so stark zu wie in der fast gleich langen vorangegangenen Phase. Verantwortlich hierfür war auch der geringere Anstieg des Verfügbaren Einkommens um knapp 16 %, vor allem aber die deutliche Zunahme des Sparens um knapp 29 %. Dies führte dazu, dass ab 2001 die Wachstumsbeiträge des Sparens durchweg negativ waren und somit dämpfend auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte wirkten.

Die Wirkung von Preiseffekten auf den privaten Konsum

In einem zweiten Schritt werden die im letzten Abschnitt dargestellten Berechnungen in jeweiligen Preisen noch einmal durchgeführt, nun aber preisbereinigt. Damit kann gezeigt werden, wie neben dem Verfügbaren Einkommen und dem Sparen zusätzlich die Preisentwicklung auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte wirkt. Die Preiseffekte werden mithilfe des Deflators der privaten Konsumausgaben dargestellt; hierbei werden die nominalen Ergebnisse der Konsumausgaben der privaten Haushalte durch die realen dividiert.

Die Preiseffekte leisteten in den Jahren 1992 bis 1994 stark negative Beiträge zur Veränderungsrate der Konsumausgaben der privaten Haushalte. Der Verbraucher-

preisindex stieg in den genannten Jahren relativ stark an (1992: + 3,8 %, 1993: + 4,1 % und 1994: + 2,6 %). Insbesondere die Ereignisse des Jahres 1993 hinterließen ihre Spuren.

Im Jahr 1993 kam es zum Ende des Vereinigungsbooms. Die in den Jahren zuvor eingeleiteten fiskalpolitischen Maßnahmen in Deutschland zeigten ihre Wirkung: Es kam zu einer Übernachfrage und in Folge dessen zu einem Anstieg der Leitzinsen. Dies brachte das Europäische Währungssystem (EWS) unter Druck, in dem die DM die Leitwährung war, da die EWS-Partnerländer diese Zinserhöhungen nachvollziehen mussten, um nicht ihre monetäre Stabilität durch Währungsabwertungen zu gefährden. Italien und Großbritannien schieden aus dem Wechselkursmechanismus aus, da sie dem Abwertungsdruck aufgrund ihrer prekären Haushaltssituation nicht mehr standhielten. Das EWS wurde Ziel von spekulativen Attacken, da auf die Abwertung der Währung von schwächeren EWS-Mitgliedsländern gesetzt wurde. Letztlich wurde die DM aufgewertet, mit der Folge einer weiterhin hohen Inflationsrate und anhaltend geschwächter Exportposition sowie einer mäßigen Entwicklung der Wirtschaftsleistung in den beiden Folgejahren.

Danach sank die Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex und nahm in den Jahren 1995 bis 2006 Werte zwischen 0,9 und 1,7 % an. Auch der negative Wachstumsbeitrag des Deflators der Konsumausgaben der privaten Haushalte schwächte sich im genannten Zeitraum ab und nahm Werte an, die etwa halb so hoch waren wie in den Jahren zuvor. Ab dem Jahr 2003 waren jedoch erhöhte Preise für importierte Energie zu verzeichnen, hinzu kam in den Jahren 2002, 2003 und 2005 die Erhöhung der Tabaksteuer. Auch die Erhöhung der Ökosteuer und der Versicherungssteuer im Jahr 2002 wirkten belastend auf den privaten Konsum.

Der aktuelle Rand war wiederum von stärkeren Preissteigerungen geprägt: Der Anstieg des Verbraucherpreisindex lag im Jahr 2007 bei 2,2 %, im Jahr 2008 bei 2,8 %. Auch der Deflator der privaten Konsumausgaben wirkte auf den privaten Verbrauch mit - 1,8 bzw. - 2,6 Prozentpunkten stark dämpfend. Verantwortlich hierfür war u. a. die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Jahr 2007. Im Folgejahr wirkten insbesondere die stark gestiegenen Nahrungsmittel- sowie die Energie- und Rohstoffpreise dämpfend auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte.

Der Zinsfaktor

Weiterhin stellt sich die Frage, welchen Einfluss der Zins auf das Konsumverhalten der privaten Haushalte hat. Aus theoretischer Sicht gibt es folgende 3 Effekte:

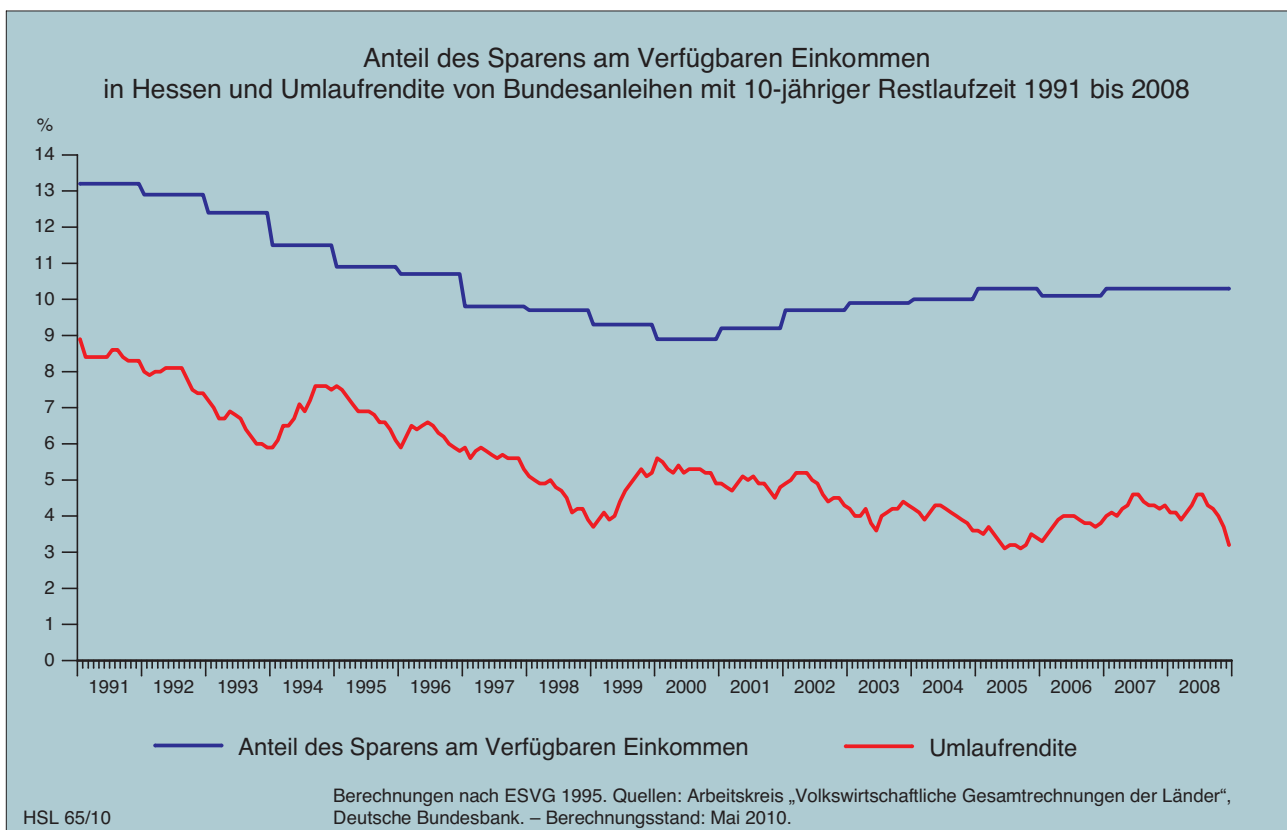
- Substitutionseffekt: Bei einem dauerhaft niedrigen Zinsniveau sinkt der finanzielle Anreiz, zu sparen. Dies führt in der intertemporalen Betrachtung dazu, dass aufgrund der geringen Renditeerwartung in der Gegenwart ein höheres Konsumniveau realisiert wird, zulasten des zukünftigen Konsums.
- Einkommenseffekt: Bei einem dauerhaft niedrigen Zinsniveau sinken die Erträge der Nettogläubiger, d. h. aufgrund niedrigerer Zinseinnahmen verringert sich der Konsum.
- Vermögenseffekt: Bei einem dauerhaft niedrigen Zinsniveau steigt der Marktwert des derzeit gehaltenen Vermögens. Dies bedeutet, dass aufgrund der künftigen Erwartungen bezüglich der Erträge der Investments gegenwärtig mehr als zukünftig konsumiert wird, mit der Folge eines rückläufigen Sparverhaltens.

Betrachtet man die Entwicklung der Umlaufrendite, d. h. den Zinsertrag von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren und den Anteil des Sparens am Verfügbaren Einkommen, so lässt sich feststellen, dass ab 1991 beide Indikatoren rückläufig waren: Das Zinsniveau lag im Januar 1991 bei 8,9 % – höhere Werte waren nur im Juli 1974 und August 1981 mit jeweils knapp 11 % zu verzeichnen – und ging bis Januar 1999 auf 3,7 % zurück; der Anteil des Sparens am Verfügbaren Einkommen nahm in Hessen von seinem Spitzenwert mit 13,2 % im Jahr 1991 auf 8,9 % im Jahr 2000 ab. Es kann also

angenommen werden, dass in diesem Zeitraum der Substitutions- und Vermögenseffekt den Einkommenseffekt dominierten.

Im Jahresverlauf 1999 stieg das Zinsniveau stark an: In einer Phase des starken Wirtschaftsaufschwungs wurden von der europäischen und amerikanischen Zentralbank die Leitzinsen erhöht, um den Finanzmärkten Liquidität zu entziehen und das Investitionsverhalten der Unternehmen in einer sich überhitzenden Wirtschaft (Dot-Com-Blase) zu drosseln. Ab dem Jahr 2000 jedoch war ein nahezu stetiges Sinken des Zinsniveaus zu beobachten, das im September 2005 seinen Tiefpunkt erreichte. In dieser Phase war gleichzeitig ein Zunehmen des Anteils des Sparens am Verfügbaren Einkommen zu beobachten; der Wert lag im Jahr 2005 bei 10,3 %. Daraus kann geschlossen werden, dass der Einkommenseffekt die anderen beiden Effekte dominierte. Das Zinsniveau stieg daraufhin zyklisch an und erreichte Mitte des Jahres 2007 mit 4,6 % einen vorläufigen Höhepunkt.

Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise senkten die Zentralbanken die Leitzinsen, sodass das Zinsniveau auf 3,2 % Ende des Jahres 2008 zurückging. Ab dem Jahr 2005 war eine Stagnation des Anteils des Sparens am Verfügbaren Einkommen zu beobachten. Im Jahr 2006 sank der Wert auf 10,1 % und verharrte in den beiden Folgejahren ebenso wie im Jahr 2005 bei 10,3 %. Das bedeutet, dass ab 2005 bei einem zeitweiligen Anstieg als auch bei einer Abnahme des Zinsniveaus am aktuellen Rand die privaten Haushalte den Anteil des Sparens



bzw. des Konsums am Verfügbaren Einkommen konstant gehalten haben. Aus empirischer Sicht ist die Rolle des Zinses für die Entwicklung des privaten Verbrauchs am aktuellen Rand schwer zu deuten. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass noch weitere Faktoren auf das Konsumverhalten der privaten Haushalte gewirkt haben.

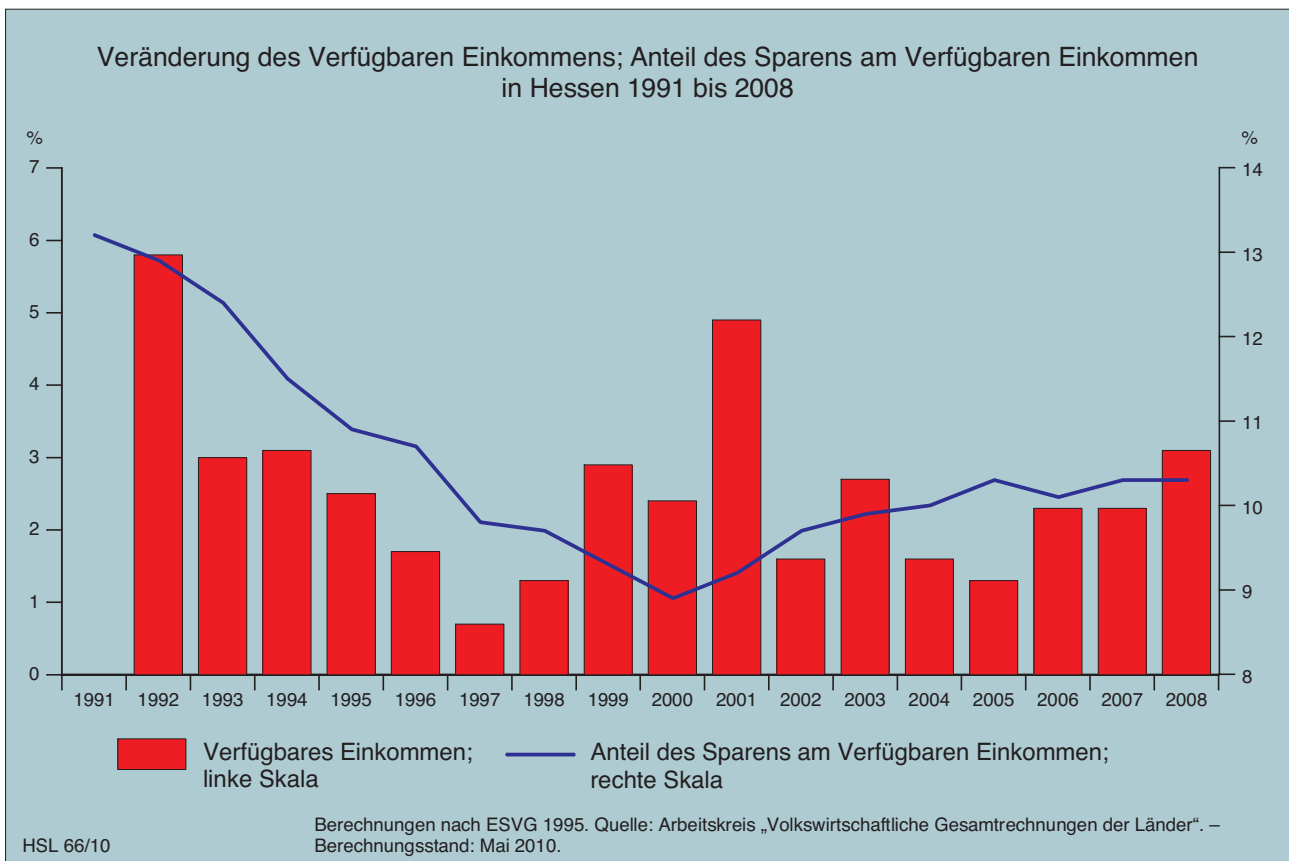
Verfügbares Einkommen und Sparen der privaten Haushalte

In Phasen der Beruhigung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität und der damit einhergehenden niedrigeren Einkommenszuwächse – dargestellt mithilfe des Verfügbaren Einkommens – senken die privaten Haushalte den Anteil des gesparten Einkommens. Steigen die Einkommen aber wieder stärker an, wird der Sparanteil wieder angehoben. Damit weist der Anteil des Sparens am Verfügbaren Einkommen eine antizyklische Wirkung auf den Konsum auf; dies wird auch als Konsumglättung bezeichnet. Dieser Effekt war zu Beginn der Neunzigerjahre bis ins Jahr 1997 zu beobachten. Die Veränderungsraten des Verfügbaren Einkommens waren – mit Ausnahme des Jahres 1994 – rückläufig und der Anteil des Sparens am Verfügbaren Einkommen ging ebenfalls zurück. Als von 1998 bis 2000 die Einkommenszuwächse anstiegen, sank der Sparanteil weiter und erreichte im Jahr 2000 seinen Tiefpunkt mit 8,9 %.

Im Jahr 2001, als der IT-Boom zu Ende ging, und während der anschließenden Abnahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 1 % im Jahr 2002 sowie der Stagnation in den folgenden Jahren (2003: + 0,5 %, 2004: + 0,4 %) waren die Zuwachsraten des Verfügbaren Einkommens höher als in den Jahren 1997 und 1998, die die niedrigsten Zunahmen des Beobachtungszeitraums aufwiesen. Und dennoch stieg der Anteil der Konsumausgaben nicht an, sondern war rückläufig, sodass sich der Sparanteil ab 2001 stetig erhöhte und somit prozyklisch wirkte. Selbst in den Jahren 2006 und 2007, in denen das Verfügbare Einkommen um jeweils 2,3 % zunahm, und im Jahr 2008 – hier war eine Zuwachsrate von 3,1 % zu beobachten – nahm der Anteil des Sparens am Verfügbaren Einkommen dennoch nicht zu, sondern verharrte bei gut 10 %. Dementsprechend änderte sich auch der Konsumanteil kaum. Trotz einer verbesserten Einkommenssituation wurde der Anteil des Sparens am Einkommen nicht abgesenkt. Daher stellt sich die Frage, welche Motive hierfür verantwortlich gemacht werden können.

Motive für das Sparen

Der prozyklische Effekt des Sparens deutet darauf hin, dass die Einkommen der privaten Haushalte von ihnen selbst als zu niedrig eingestuft wurden. Um diese Bewertung auszugleichen, wurde der Sparanteil stetig gesteigert. Zwei



Beweggründe können hierfür verantwortlich gemacht werden: das Vorsorgesparen und das Vorsichtssparen.

Das **Vorsorgesparen** gewinnt aufgrund der Belastungen der sozialen Sicherungssysteme durch die zukünftige demografische Entwicklung⁴⁾ und der damit verbundenen Alters- und Krankenversorgung sowie der Erhöhung des Renteneintrittsalters an Bedeutung. Dadurch nimmt die Notwendigkeit der privaten Vorsorge zu. Hierzu zählen auch die staatliche Förderung des Aufbaus einer privaten Altersvorsorge, der sogenannten Riester-Rente, ab dem Jahr 2002. Die Notwendigkeit einer verstärkten privaten Vorsorge für das „Leben im Alter“ hat auf individueller Ebene an Bedeutung gewonnen und das Sparverhalten der privaten Haushalte insgesamt verändert. Der Konsumverzicht in der Gegenwart ist als Ausgleich für erwartete geringere staatliche Transferleistungen in der Zukunft zu sehen, denn dauerhafte Korrekturen bei den gegenwärtigen Rentenansprüchen bedeuten einen geringeren Wert zukünftiger erwarteter staatlicher Transfers. Daraus sind Einschränkungen des privaten Konsums in der Rentenphase zu erwarten. Diese können nur durch eine zeitliche Umverteilung des privaten Konsums geglättet werden. Folglich wird dies durch einen Verzicht an Gegenwartskonsum und durch eine Ausweitung des Sparens kompensiert. Neben der Anpassung an erwartete Alterseinkünfte kann auch ein erwartetes höheres Ausgabenniveau für Gesundheitsaufwendungen aufgrund der Alterung der Bevölkerung eine Rolle spielen. Auf individueller Ebene zeigte sich dies bereits mit der Einführung der Praxisgebühr sowie den Zuzahlungen zu Medikamenten und Heilbehandlungen ab dem Jahr 2004. So erwarten die privaten Haushalte auch erhöhte Beitragszahlungen zur gesetzlichen Krankenversicherung, was durch die Diskussion zur zukünftigen Finanzierung, wie etwa der Kopfpauschale, begründet ist. Beide Aspekte bringen ein erhöhtes Vorsorgemotiv für eine verstärkte Bildung von Ersparnissen zum Ausdruck.

In den letzten Jahren dürfte das **Vorsichtssparen** an Bedeutung gewonnen haben. Aufgrund der Unsicherheiten über die Entwicklung des Arbeitsmarktes und die Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen (Hartz-Gesetze) verhalten sich die privaten Haushalte hinsichtlich ihres Ausgabe- und somit Sparverhaltens vorsichtiger. Auch die Unsicherheit über die Stärke und Dauer der Auswirkungen der sich ab 2008 abzeichnenden Wirtschafts- und Finanzkrise und der damit verbundenen

4) Ausführliche Hinweise hierzu in Schmidt-Wahl, Diana, „Entwicklung der hessischen Bevölkerung bis 2050 – Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 62. Jahrg., Heft 9, September 2007, S. 191 ff.

5) Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 liegen noch nicht vor. Ein Ausweis und somit direkter Vergleich der Ergebnisse der Jahre 1998 und 2003 ist nur eingeschränkt möglich, da die Daten des Jahres 1998 in DM und die des Jahres 2003 in Euro vorliegen und somit die einzelnen Einkommensklassen nicht vollständig vergleichbar sind. Eine Umrechnung der alten Ergebnisse in Euro ist nicht vorgehen.

Rezession im Jahr 2009 spricht dafür, dass das gegenwärtige Sparverhalten der privaten Haushalte beibehalten wird und auch in einer Aufschwungphase nicht mit einem Anstieg der Konsumquote zu rechnen sein dürfte.

Personelle Einkommensverteilung

Entscheidend für das Ausgabeverhalten der privaten Haushalte insgesamt ist auch die Verteilung des Gesamteinkommens auf einzelne Haushalte bzw. Haushaltsgruppen. Fragen zur personellen Einkommensverteilung können mit makroökonomischen Daten der VGR nicht beantwortet werden. Hierfür sind tiefer disaggregierte Daten aus Haushaltsbefragungen notwendig. Hinweise auf Konsumquoten, d. h. den Anteil des Konsums am Nettoeinkommen der privaten Haushalte, differenziert nach Einkommensklassen, liefert die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die jedoch nur in einem Abstand von 5 Jahren erhoben wird. Es zeigt sich, dass beim Vergleich der Jahre 1998 und 2003⁵⁾ mit zunehmendem Haushaltsnettoeinkommen der Anteil des Einkommens, der für den Konsum ausgegeben wird, sinkt. Dies ist gleichbedeutend mit einem Anstieg des Anteils, der für das Sparen verwendet wird.

Gleichzeitig hat die Ungleichverteilung der Nettoeinkommen der privaten Haushalte zugenommen. Der Anteil des Gesamteinkommens, der von Haushalten in höheren Einkommensklassen gehalten wird, hat zugenommen. Da – wie oben dargestellt – mit zunehmendem Haushaltsnettoeinkommen der Anteil der Konsumausgaben am Einkommen sinkt, nimmt der Anteil des Sparens zu. Damit wird sowohl der Anstieg des aggregierten Sparens als auch der Anstieg des Anteils des Sparens am Haushaltseinkommen erklärlich.

Einfluss des Vermögens auf die privaten Konsumausgaben

Abschließend soll noch ein Blick auf die Einflüsse des Vermögens auf den privaten Konsum gerichtet werden. Analysen für Deutschland, die den langfristigen Zusammenhang zwischen den Konsumausgaben, dem verfügbaren Einkommen und dem Gesamtvermögen der privaten Haushalte untersuchen, kommen zum Ergebnis, dass die schwache Konsumententwicklung eher die Erwartung niedriger Einkommenszuwächse widerspiegelt als Veränderungen im Vermögensbestand. Dies liegt daran, dass Vermögenspreisänderungen häufig vorübergehender Natur sind und auch so wahrgenommen werden. Die privaten Konsumausgaben in Deutschland hängen zum größten Teil von der Entwicklung des verfügbaren Einkommens – wie bereits oben für Hessen festgestellt – ab. Dagegen sind Änderungen des Vermögens eher von untergeordneter Bedeutung.

Eine Untersuchung der Deutschen Bundesbank für den Zeitraum von 1980 bis 2003 kam zum Ergebnis, dass die Neigung zu Konsumausgaben aus einem zusätzlichen Euro an Verfügbarem Einkommen bei durchschnittlich rund 80 Cent liegt (marginale Konsumquote). Dagegen beträgt die Ausgabenneigung bei der Erhöhung des Vermögens um einen Euro durchschnittlich 4,5 Cent.

Im Vergleich zu angelsächsischen Ländern dürfte die Bedeutung der Finanzmärkte für das private Konsumverhalten eher marginal sein. Aufgrund der geringen Verbreitung von Aktienvermögen in Deutschland haben Vermögenspreisänderungen keine nennenswerten Auswirkungen auf das Konsumverhalten der privaten Haushalte. Darüber hinaus hat die Ungleichverteilung des Geldvermögens zugenommen, d. h. ähnlich wie bei den Einkommen haben die oberen Vermögensklassen stärker an der wirtschaftlichen Entwicklung partizipiert. Mit zunehmendem Vermögen sinkt die Konsumneigung. Auch dies erklärt zum Teil die Zunahme des Sparens insgesamt. Konsumschocks sind vielmehr Ausdruck einer nachhaltig wirkenden Einkommensänderung, ein Ergebnis, das im Einklang mit der Dauereinkommenshypothese steht.

Das Immobilienvermögen ist ein Teil des Gesamtvermögens. Allerdings dürften die Einflüsse des Immobilienvermögens auf den privaten Konsum relativ gering sein. Dies hängt damit zusammen, dass es sich hierbei um eine eher illiquide Anlageform handelt und Investments in dieser Form als langfristig zu sehen sind. Weiterhin fallen bei Erwerb und Verkauf – im Vergleich zu anderen Anlageformen wie etwa Aktien – hohe Transaktionskosten an. Zwar unterliegen auch Immobilien Wertänderungen, diese werden jedoch seltener realisiert. Auch die Nutzung gestiegener Immobilienwerte zur Besicherung zusätzlicher Konsumentenkredite spielte bisher eine eher geringe Rolle⁶⁾.

Fazit und Ausblick

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte weisen selbst in Phasen einer starken Wirtschaftsentwicklung gemessen an der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts nur einen vergleichsweise geringen Wachstumsbeitrag auf. Insbesondere am aktuellen Rand kann eine ausgeprägte Konsumschwäche festgestellt werden. Vor allem wirkt die Arbeitsmarktsituation auf die privaten

6) Hamburg, Britta; Hoffmann, Mathias; Keller, Joachim, „Consumption, wealth and business cycles: why is Germany different?“, Discussion Paper, Series 1: Economic Studies, No 16/2005, Deutsche Bundesbank sowie Deutsche Bundesbank, „Der private Konsum seit der deutschen Wiedervereinigung“, Monatsbericht September 2007, S. 41 ff.

Konsumausgaben: Eine stagnierende oder abnehmende Zahl der Erwerbstätigen korrespondiert mit einem zurückhaltenden Konsumverhalten. Weitere Einflussfaktoren auf die privaten Konsumausgaben konnten in einem steigenden Preisniveau, der Entwicklung der Sparzinsen sowie der Zunahme des Sparens, die z. T. auf die Verschiebung der personellen Einkommensverteilung zurückzuführen ist, ausgemacht werden.

Aufgrund dieser Einflussfaktoren wird deutlich, dass die Veränderung der Konsumausgaben der privaten Haushalte keineswegs monokausal erklärbar ist. Die Stärkung der privaten Konsumausgaben, die zusammen mit den Konsumausgaben des Staates und den Bruttoanlageinvestitionen die Binnennachfrage darstellen, wird oftmals als wirtschaftspolitisches Ziel formuliert, um das Bruttoinlandsprodukt gegenüber externen Einflüssen, wie etwa einer abnehmenden Exportnachfrage, zu stabilisieren. Einzelne Maßnahmen, die makroökonomische Zusammenhänge nicht berücksichtigen, führen zu einer Fehlallokation und können nur punktuell ihre Wirkung entfalten; dauerhafte und nachhaltige Effekte sind jedoch nicht zu erwarten.

In naher Zukunft sind die Aussichten für den privaten Verbrauch vorsichtig zu beurteilen, da mit einer Reihe unterschiedlich wirkender Einflussfaktoren zu rechnen ist. Positiv auf die privaten Konsumausgaben wirkten die starken Entlastungen seitens der Preisentwicklungen, insbesondere der rückläufigen Energie- und Lebensmittelpreise. Infolge der relativ starken Wirtschaftsentwicklung der Jahre 2006 und 2007 – das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nahm jeweils um mehr als 2 % zu – wurden im Jahr 2008 seitens der Tarifparteien relativ hohe Gehalts- und Lohnabschlüsse ausgehandelt. Auch hiervon könnten positive Impulse auf das private Konsumverhalten ausgehen.

Negative Wirkungen auf die privaten Konsumausgaben sind allerdings von den Auswirkungen des Rückgangs der Wirtschaftstätigkeit zu erwarten. Zwar zeigte sich im Jahr 2009 der Arbeitsmarkt aufgrund staatlicher Stützungsmaßnahmen, wie etwa die Verlängerung der Kurzarbeit oder durch die aufgelegten Konjunkturpakete, relativ robust, es bleibt jedoch ein erhöhtes Arbeitsplatzrisiko bestehen. Auch die internationalen Rahmenbedingungen, wie etwa die Sorge um den Euro und die damit verbundenen Finanzmarktspekulationen sowie die realwirtschaftlichen Auswirkungen, lassen sich derzeit nicht zuverlässig einschätzen. Damit dürfte zukünftig das Vorsichtssparen nicht an Bedeutung verlieren, ebenso wie das Vorsorgesparen, da die zu erwartende demografische Entwicklung die sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen stellen wird.